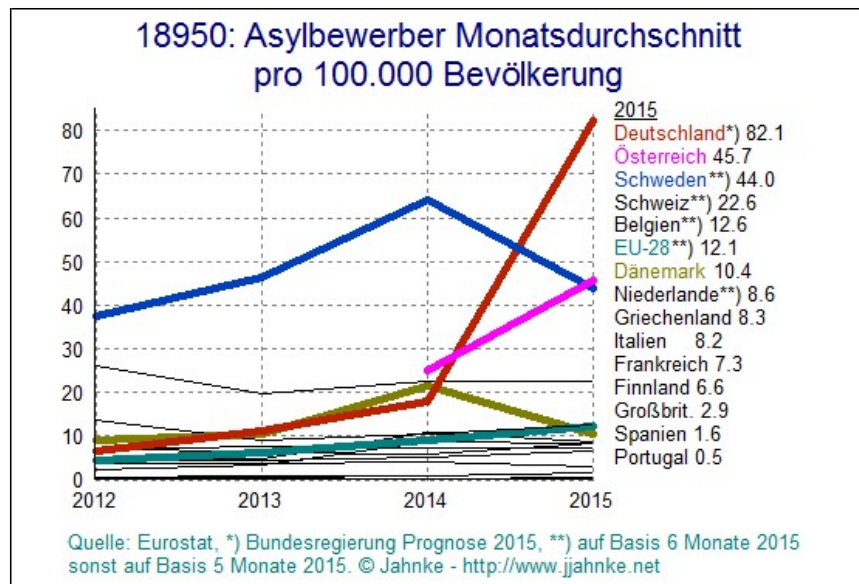
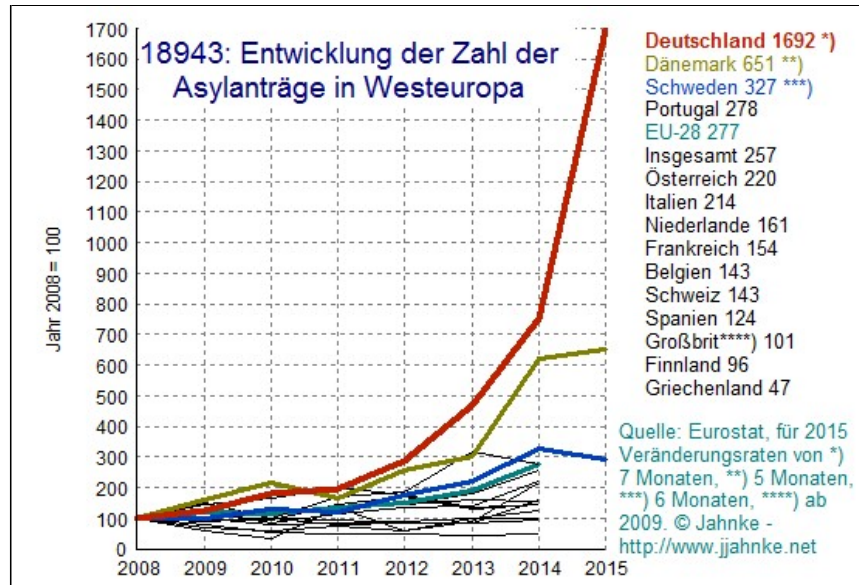




global news 3355 27-08-15: Warum Deutschland mit dem Ansturm an Flüchtlingen überfordert sein wird

([hier](#) zur pdf.Fassung zum Ausdrucken)

Kein Tag ohne neue Nachrichten von der "Flüchtlingsfront". Beruhigend verkündet die Bundesregierung bisher immer wieder, Deutschland sei mit den Flüchtlingen nicht überfordert, obwohl schon viele Bilder drastisch das Gegenteil suggerieren und die Zahlen gespenstisch ansteigen (Abb. 18943). Seit Jahresanfang sind allein an den italienischen Küsten mehr als 100.000 Flüchtlinge aus Afrika, dem Nahen Osten und Südasien angekommen. Auf der weniger gefährlichen Balkanroute kommen noch viele mehr, ein Großteil aus vergleichsweise sicheren Balkanländern. 180.000 sind seit Jahresanfang allein in Serbien angekommen. Die Zahl der Flüchtlinge auf der gesamten Balkanroute ist nach Angaben von Bundesinnenminister Thomas de Maizière im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 600 % gestiegen. Hauptziel der Flüchtlinge ist Deutschland. Die Durchreiseländer wollen sie dahin schnell loswerden. Während Deutschland 2009 im internationalen Vergleich noch auf dem neunten Platz der Einwanderungsländer lag, stieg es 2012 schon auf den zweiten nach den USA auf und dürfte bald die Spitze in der Welt übernehmen. Auch pro Bevölkerung wird Deutschland in diesem Jahr an die Spitze kommen (Abb. 18950).



Während die für Flüchtlingsfragen eigentlich nicht zuständige Arbeitsministerin Nahles (SPD) im SPIEGEL-Interview vollmundig erklärt: "Wir sind eines der reichsten Länder der Welt. Wenn wir es wollen, kriegen wir das gemeinsam auch hin. Wer kann das schultern, wenn nicht wir?", ist der zuständige Innenminister schon vorsichtig geworden: "Die für dieses Jahr prognostizierte Zahl von rund 800.000 Asylbewerbern wird Deutschland verkraften. Auf Dauer allerdings sind 800.000 für ein solches Land wie Deutschland zu viel." Und

gleichzeitig warnt er: "Deutschland muß sich für einige Jahre auf hohe Flüchtlingszahlen einstellen".

1. Die besondere Attraktivität Deutschlands

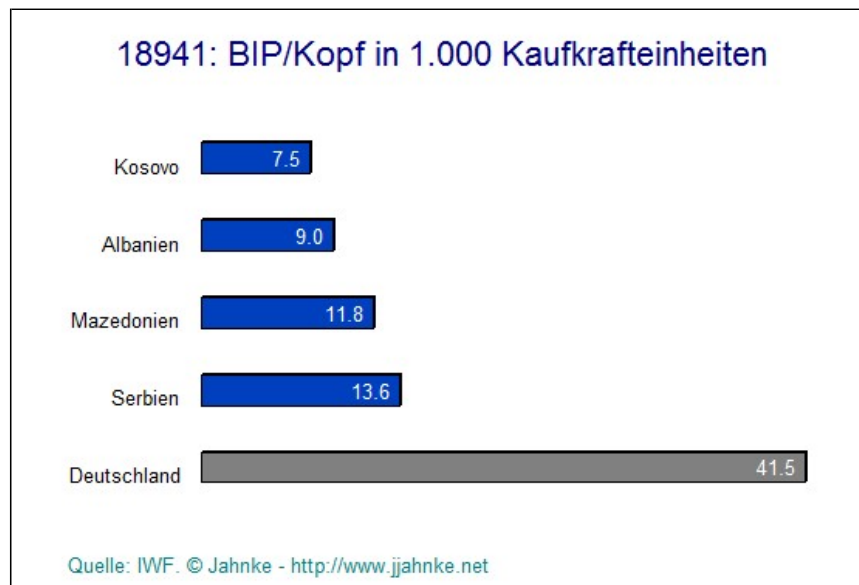
Deutschland gilt unter Flüchtlingen als besonders attraktiv. Es ist kein Wunder, daß im europäischen Vergleich Deutschland gerade unter den Wirtschaftsflüchtlingen als Wunderland gilt, das auch vom UN Flüchtlingssekretariat gepriesen wird. Hier finden Flüchtlinge - wenn auch nicht gleich am Anfang - eine vergleichsweise komfortable Unterkunft, werden frühzeitig an den Arbeitsmarkt gelassen, werden falls arbeitslos ausreichend finanziell unterstützt, können die Familie nachholen und werden nur selten oder erst nach langen Zeiten abgeschoben. Migranten aus Serbien erhalten beispielsweise mehr Geld vom deutschen Staat als der serbische Durchschnittsverdiener in seinem regulären Job. Nach Ansicht des serbischen Premiers Aleksandar Vucic würde schon eine Kürzung der Zahlungen an Flüchtlinge den Zuzug von Flüchtlingen vom Balkan um 80 % senken. Das Wohlstandsgefälle gegenüber dem Westbalkan und vor allem den meisten afrikanischen Ländern ist geradezu dramatisch.

Dagegen werden beispielsweise illegale Immigranten in Großbritannien nach neuen Gesetzen bei Arbeitsaufnahme mit Gefängnis bestraft und ihre Arbeitseinkommen konfisziert. Frankreich hält das Flüchtlingslager am Tunnel durch den Ärmelkanal absichtlich in einem miserablen Zustand. In Verletzung des Schengenabkommens werden aus Italien einreisende Flüchtlinge an der Grenze abgefangen und in den nächsten Zug zurück gesetzt. Das dänische Parlament hat gestern eine Asylreform beschlossen, die die Hilfen für Flüchtlinge stark kürzt: Asylbewerber erhalten künftig deutlich weniger Geld zum Leben.

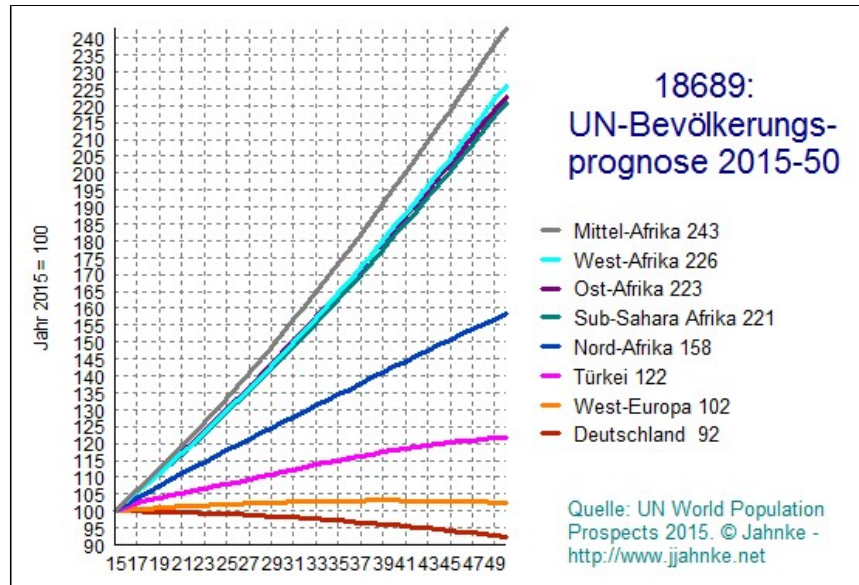
2. Weiter steigende Flüchtlingszahlen, besonders bei Wirtschaftsflüchtlingen

Tatsächlich ist aus mehreren Gründen mit hohen und noch weiter steigenden

Flüchtlingenzahlen zu rechnen, selbst wenn man nur die Wirtschaftsflüchtlinge ins Visier nimmt. Die uns benachbarten Westbalkanländer sind mit einer Bevölkerung von 15 Mio. Menschen die Armenhäuser Europas mit einem Sechstel (Kosovo) bis einem Drittel (Serbien) der Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung Deutschlands (Abb. 18941). Sie haben schon relativ hohe Diasporen in deutschen Großstädten, die ihrerseits neue Flüchtlinge nachziehen. Zwischen 1991 und 2013 sind aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien bereits mehr als eine 3/4 Million Menschen nach Deutschland gezogen (kumulierter Wanderungssaldo). Auch die Erwartung einer Mitgliedschaft in der EU trägt zum Ansteigen der Asylsuchenden vom Balkan bei.



Die eigentliche Welle an Wirtschaftsflüchtlingen ist aus Afrika zu erwarten, das Europa über das Mittelmeer benachbart liegt. Hier herrscht schon jetzt meist bittere Armut. Die endemische Korruption macht Hoffnungen auf die Zukunft zu Nichte. Vor allem explodieren die Bevölkerungen und damit das Emigrationspotenzial, besonders in den islamisch geprägten Ländern. In weiten Teilen Afrikas wird sich die Bevölkerung über die nächsten nur 35 Jahre mehr als verdoppeln, während sie in Deutschland trotz angenommener erheblicher Zuwanderung um 8 % fallen soll (Abb. 18689).



Nach der jüngsten, gerade erschienenen Bevölkerungsprognose der UN wird die Hälfte des Zuwachses der Weltbevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts allein auf Afrika entfallen. Dessen Bevölkerungszahl wird sich bis dahin beinahe vervierfachen - auf über vier Milliarden, 25 % der Weltbevölkerung zur Jahrhundertmitte, 39 % zum Jahrhundertende. In Angola, Burundi, der Republik Kongo, Malawi, Mali, Niger, Somalia, Uganda, Sambia und Tansania verfünffacht sich die Einwohnerschaft. Das mehrheitlich muslimische Nigeria wird nach Indien und China mit 752 Millionen Menschen das drittbevölkerungsreichste Land der Erde sein, vor den USA mit 450 Millionen und zwölfmal größer als Deutschland. In Nordafrika steigt unter einer jungen Bevölkerung schon jetzt die Arbeits- und Hoffnungslosigkeit und zerstört die einstigen Erwartungen an einen arabischen Frühling.

3. Überforderte Integration

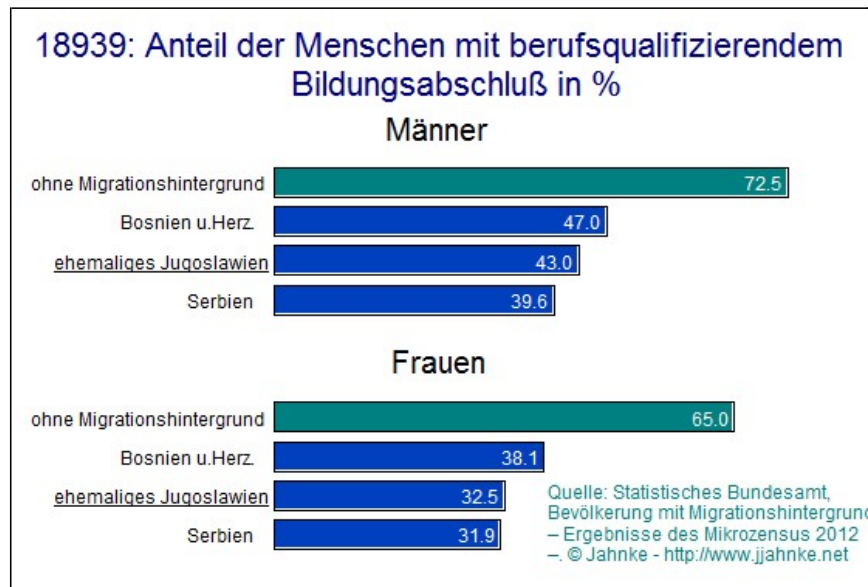
Der Engpaß in der Aufnahme von Flüchtlingen liegt, jedenfalls für die nächsten Jahre, nicht so sehr bei deren Unterbringung oder Versorgung. Da kann mit dem Einsatz finanzieller Mittel nachgeholfen werden. Weit schlechter sieht es mit der Integrationsfähigkeit aus, bei der die deutschen Leistungsgrenzen sich erst längerfristig zeigen werden. Ein Teil der Flüchtlinge hat unvorstellbare

Gewalt erlebt und ist dadurch abgestumpft und nicht selten auch selbst gewaltbereit geworden. Das zeigen gewaltsame und rassistische Auseinandersetzungen in Flüchtlingsheimen, die nun schon an manchen Orten dazu zwingen, Flüchtlinge nach Religionen getrennt unterzubringen - ein ganz schlimmes Omen für die Zukunft. Auch gewaltsame Grenzdurchbrüche, wie jetzt in Mazedonien oder am Tunnel nach Großbritannien belegen, zu welcher Gewalt ein Teil der Flüchtlinge fähig ist, wenn sie es als ihr Recht ansehen, überall in Europa aufgenommen zu werden.

Bei der besonders wichtigen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt hat Deutschland schon jetzt, und das zu guten Zeiten, erhebliche Probleme. Bei vielen Menschen mit Immigrationshintergrund, fehlt es an der notwendigen Berufsbildung und sehr oft auch an den sprachlichen Fähigkeiten, selbst wenn sie schon längere Zeit in Deutschland leben. Damit werden die schwer zu integrierenden Menschen entweder in geringbezahlte und dementsprechend unsichere Jobs abgedrängt oder leben voll von öffentlichen Leistungen.

So sind die Flüchtlinge aus dem Westbalkan, der derzeitige Hauptstrom der Zuwanderer noch vor den Syrern, besonders wenig beruflich vorbereitet. Das Statistische Bundesamt bringt die Daten für die Herkunft aus dem ehemaligen Jugoslawien in "Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2012". Frauen aus dem früheren Jugoslawien haben verglichen mit Frauen ohne Migrationshintergrund nur halb so oft einen berufsqualifizierenden Abschluß, bei Männern sind es 43 % gegenüber 73 % (Abb. 18939). Für Albanien dürften die Anteile noch wesentlich niedriger liegen. Die nächste große Welle an Flüchtlingen wird, wie schon oben dargestellt, unter dem Druck extrem hoher Geburtenraten aus Afrika kommen und zu einem sehr großen Anteil muslimischen Glaubens sein. Deren berufliche Vorbereitung für eine Integration in Deutschland wird noch geringer sein, vor allem bei den Frauen. Nur ein Fünftel der in Deutschland lebenden afrikanischen Frauen mit Migrationshintergrund hat derzeit einen

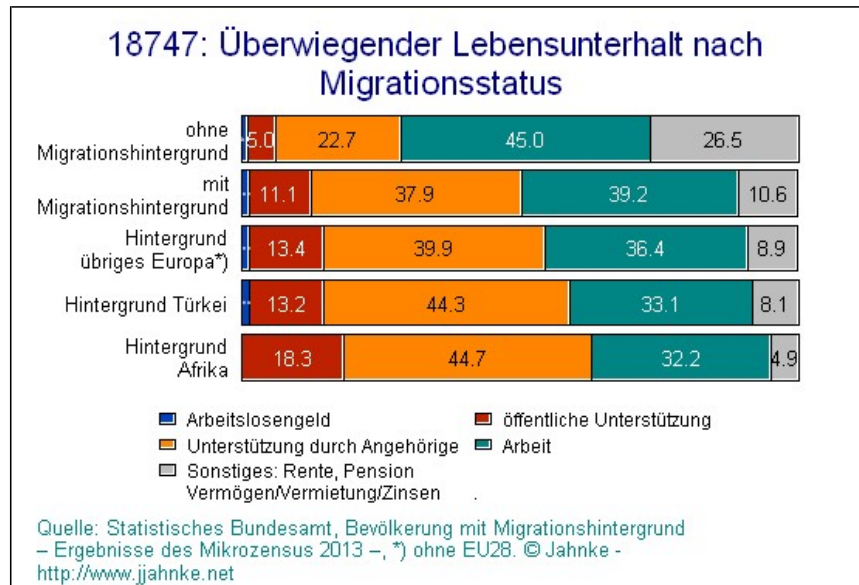
berufsqualifizierenden Bildungsabschluß, gegenüber zwei Dritteln bei den Frauen ohne Migrationshintergrund.



Auf welche Bildungshürden die Integration von Jugendliche mit Migrationshintergrund stößt zeigt auch der neue Ausbildungsreport des DGB. Migranten/innen, die überhaupt einen Ausbildungsplatz gefunden haben, sind insbesondere in jenen Berufen überdurchschnittlich stark vertreten, die bei der Bewertung der Ausbildungsqualität tendenziell schlechter abgeschnitten haben. Gruppiert man die Ausbildungsberufe gemäß der Ergebnisse des Gesamtrankings, so zeigt sich, daß der Anteil der Migranten/innen unter den am besten bewerteten Berufen bei 18,3 % lag, während er bei den Berufen mit einer mittleren Bewertung bereits 29 % betrug. Von den Auszubildenden in den fünf am schlechtesten bewerteten Berufen verfügte sogar jede/r Dritte über einen Migrationshintergrund. Dabei mündeten junge Migranten/innen erheblich seltener in ihren Wunschberuf ein. Erheblich über ihrem Anteil an allen Auszubildenden von 27 % sind solche mit Migrationshintergrund bei der Ausbildung zu zahnmedizinischen Fachangestellten/innen (50,2 %), Friseuren/innen (40,9 %) und Verkäufern/innen (39,7 %) vertreten.

Während gegenwärtig 45,0 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund

überwiegend von einem Arbeitseinkommen lebt, sind es bei Menschen mit Migrationshintergrund nur 39 %, bei einem Hintergrund in der Türkei 33 % und bei einem in Afrika sogar nur 32 %. Entsprechend größer ist der Anteil derer, die überwiegend von öffentlicher Unterstützung leben, und zwar von 5 % für Menschen ohne Migrationshintergrund bis 13 % für einen in der Türkei und sogar 18 % in Afrika, also fast dreimal bis fast viermal so hoch (Abb. 18747).



Wichtig und augenöffnend ist in diesem Zusammenhang die derzeitige Erfahrung mit den Migranten aus Bulgarien - ein Land, das immerhin schon seit vielen Jahren zur Europäischen Union gehört. Nach Angaben des Chefs der Bundesagentur für Arbeit Weise lebte im April 2015 jeder vierte Bulgare in Deutschland arbeitslos oder mit Aufstockung eines kleinen Arbeitseinkommens von Hartz IV. Und dieser Anteil steigt trotz guter Lage am Arbeitsmarkt immer noch: vor einem Jahr war es nur jeder fünfte. Während 42 % der in Deutschland lebenden Bulgaren eine Arbeit hatten, bezogen 27 % Hartz-4-Leistungen; dagegen liegt dieser Anteil bei Bundesbürgern nur bei 7,5 % (selbst unter Einschluß derer mit Migrationshintergrund). In den vorsichtigen Worten von Weise: "Wir haben hier Menschen, von denen manche wegen ihrer geringen Bildung und fehlender Sprachkenntnisse noch nicht dazu geeignet

sind, daß man sie in Arbeit bringt".

4. Drohende politische Gefahren

Sollte der Arbeitsmarkt wieder einmal kippen, so wird es zu einer heftigen Konkurrenz der Immigranten und Flüchtlinge mit einheimischen Arbeitskräften ohne Migrationshintergrund um die verbleibenden weniger anspruchsvollen Jobs kommen. Erst dann wird auch in Deutschland mit weit verbreiteter Fremdenfeindlichkeit zu rechnen sein. Eine Warnung ist in dieser Hinsicht die Entwicklung in Schweden. Hier nimmt die rechtspopulistische schwedische Partei SD (Schwedendemokraten) mit ihren ausländerfeindlichen Kampagnen auch in guten Wirtschaftszeiten immer weiter zu. Nach der jüngsten Umfrage durch YouGov liegt sie mit 25 % an der Spitze der Parteien vor den regierenden Sozialdemokraten mit 23 % und den Konservativen mit 21 %. Die unglückliche deutsche Geschichte bewahrt unser Land bisher vor einer ähnlichen Entwicklung. Ob das aber immer so bleiben wird, wenn der Strom der Flüchtlinge um 1 Million pro Jahr anhält und vor allem die Wirtschaftslage mal wieder schlechter ist, kann niemand mit Sicherheit sagen.

Wahrscheinlich tun wir sehr vielen der Flüchtlinge selbst, soweit sie aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen und mangels Vorbildung schlecht integrierbar sind, keinen Gefallen, wenn wir sie hier behalten und teilweise der Gefahr aussetzen, am Ende in der sozialen Parallelgesellschaft einer auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Unterklasse zu landen und sich dann teilweise zu radikalieren.

5. Ein anderes Europa

Wir riskieren mit dem bisher unkontrollierten Zustrom an Flüchtlingen auch die Akzeptanz der EU und vor allem der Schengen-Freiheit in weiten Teilen unserer Bevölkerung, die schon vom Streit um den Euro genervt ist und nun den Streit um die Verteilung der Flüchtlinge verfolgt. Solidarität in der EU wird immer mehr zur Mangelware, nun auch in der Frage der Verteilung von Flüchtlingen. Man kann keinen Staat zwingen, Flüchtlinge aufzunehmen. Die

Osteuropäer machen nur nach, was Großbritannien schon seit Jahren praktiziert und nun mit zunehmend militärisch organisierten Abwehrmaßnahmen am Tunnel unter dem Ärmelkanal verschärft hat. Mit immer mehr Flüchtlingen werden wir ein anderes Europa bekommen - eines, das noch gespaltener und noch weniger attraktiv ist.

6. Die Rolle der deutschen Medien

Die deutschen Medien sind beim Umgang mit dem Flüchtlingsthema ziemlich gleichgeschaltet mit den Verlautbarungen der Bundesregierung. Sie unterscheiden nicht oder kaum zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und den wirklich in ihrem Leben Bedrohten. Ihr Mitleid mit den Wirtschaftsflüchtlingen geht überwiegend so weit, selbst die Einführung sicherer Herkunftsländer abzulehnen. Sie halten den Zustrom an Flüchtlingen für verkraftbar und tabuisieren dabei die mangelnde schulische und berufliche Vorbildung vieler Flüchtlinge und andere schwere Probleme mit der Integration. Sie reden uns angesichts dieses Tabus ein, daß wir schon wegen unserer demografischen Entwicklungen alle Flüchtlinge brauchen, derer wir habhaft werden können. Einige Medien gehen sogar so weit, uns mit windigen Argumenten selbst für die Flüchtlingswelle mitverantwortlich zu machen. So meint der SPIEGEL in einem Kommentar seines Ressortleiters Politik und Leiters des Berliner Büros sowie Mitglieds der Chefredaktion, wir Deutschen hätten versäumt, die Balkanländer in die EU aufzunehmen, hätten uns in Syrien nicht militärisch engagiert, uns aus Afghanistan militärisch zurückgezogen und würden uns in Libyen nicht militärisch einmischen. Ist der Mann in seinem festen Glauben an die Wunder der EU und der Bundeswehr noch zu retten?

Andere Gutmeinende, wie der frühere Bundesaußenminister Joschka Fischer, wollen uns in den Medien daran erinnern, daß in schwierigen Zeiten Millionen von Europäern in Nordamerika und Australien Zuflucht gefunden hätten, und dabei unterschlägt er, daß es sich in der Regel um gutausgebildete und relativ leicht zu integrierende Menschen handelte, an denen die Einwanderungsländer aus purem Eigeninteresse dringend interessiert waren.

Und dann fordert Fischer auch noch, wie der Kollege vom SPIEGEL eine verstärkte europäische Sicherheitspolitik, was nichts anderes heißen soll, als militärisches Eingreifen in der Herkunftsländern der Flüchtlinge.

7. Schlußfolgerungen

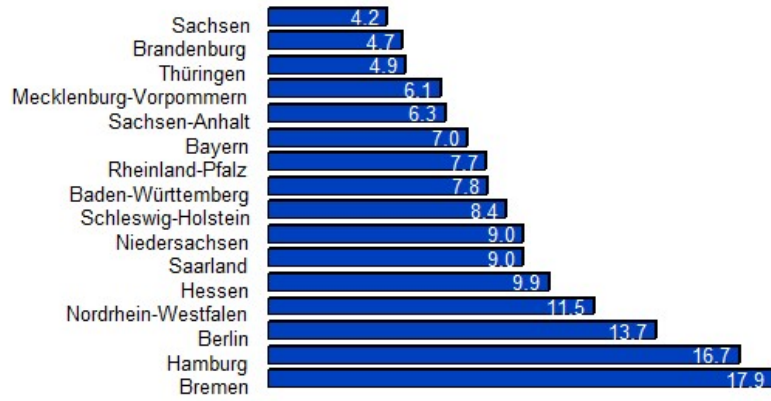
Deutschland braucht dringend ein Einwanderungsgesetz, daß in einem Punktesystem klare an der Integrationsfähigkeit orientierte Kriterien für die Zulassung von Wirtschaftsflüchtlingen aufstellt und nur solchen die Einreise erlaubt, die fachlich für Berufe qualifiziert sind, bei denen in Deutschland ein wirklicher Mangel besteht und die nicht im Niedriglohnbereich angesiedelt sind. Dabei wird der Zuzug auf die Gegenden zu beschränken sein, in denen der Mangel tatsächlich besteht. Um ein solches Gesetz wirksam zu machen, wird Deutschland mindestens zeitweise aus der Schengenvereinbarung aussteigen und wesentlich mehr Grenzschutzbeamte einstellen müssen. Die Abschiebung von abgewiesenen Wirtschaftsflüchtlingen sollte auf Bundesebene zentralisiert werden und nicht länger Landesregierungen überlassen sein, die dabei derzeit zum Teil erheblichem Gegendruck aus der Öffentlichkeit unterliegen. Gleichzeitig wird Deutschland seine Entwicklungshilfeleistungen erheblich hochfahren müssen und sollte endlich den Rüstungsexport in Entwicklungsländer bremsen.

Nachtrag: Die Schwächen der Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland

Der sogenannte "Königssteiner Schlüssel" für die Verteilung von Flüchtlingen in Deutschland hat erhebliche Schwächen. Er führt zu einer Konzentration in den Stadtstaaten und in Nordrheinwestfalen und verschont die besonders wohlhabenden Länder mit besonders geringer Arbeitslosigkeit Bayern und Baden-Württemberg (Abb. 18953). Eine solche Konzentration baut starke Diasporen von Flüchtlingen nach ethnischer Herkunft auf, die dann ihrerseits immer mehr Flüchtlinge nachziehen - ein Rezept für eine nicht integrierbare

Unterklasse.

18953: Flüchtlingsverteilung nach Bundesländern 2014 pro 1.000 Bevölkerung



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Jahnke - <http://www.jjahnke.net>